



Armutsgefährdung von Erwerbstätigen rasant angestiegen

Nachricht von Sabine Zimmermann, 13. November 2017

Rund jeder zehnte Erwerbstätige ist armutsgefährdet. Die Armutsgefährdung von Erwerbstätigen (18 Jahre und älter) ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Waren im Jahr 2005 4,8 Prozent der Erwerbstätigen von Armut bedroht, sind es 2016 9,5 Prozent gewesen (im Vergleich zu 2015 mit 9,7 Prozent ein minimaler Rückgang).

Bei Teilzeit- und befristet Beschäftigten ist das Armutsrisiko noch einmal deutlich höher. 15,2 Prozent der Teilzeitbeschäftigten waren im Jahr 2016 von Armut bedroht, 2005 waren es erst 6,6 Prozent. Bei befristet Beschäftigten liegt die Armutsgefährdung sogar bei 20,5 Prozent (2005 erst bei 8,6 Prozent).

Doch auch bei Vollzeitbeschäftigten stieg die Armutsgefährdung in Deutschland von 3,5 Prozent im Jahr 2005 auf 6,5 Prozent in 2016. Ebenso stieg das Armutsrisiko auch bei unbefristet Beschäftigten seit 2005 von 3,3 Prozent auf 7 Prozent im Jahr 2016. Dies geht aus neuen Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervor, die die linke Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann ausgewertet hat.

Die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE erklärt dazu: "Nach wie vor sind viel zu viele Menschen in Deutschland arm trotz Arbeit. Die scheidende Bundesregierung hat hier auf der ganzen Linie versagt. Die Einführung des Mindestlohns war nicht ausreichend, um Arbeit wieder existenzsichernd zu machen. Der Mindestlohn ist zu niedrig, um die vielen armutsgefährdeten Beschäftigten aus der Armutsfalle herauszuholen. DIE LINKE fordert die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde und die Abschaffung der Ausnahmen. Es muss endlich Schluss sein mit der systematischen Niedriglohnbeschäftigung. Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden."

Zimmermann weiter: "Arbeit, von der man leben kann, ist das Maß der Dinge, dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen. Arm trotz Arbeit darf es nicht länger geben. Daran muss sich eine

neue Bundesregierung messen lassen."